



SBPV nimmt Stellung zum Rundschreiben der FINMA über die Vergütungssysteme

Der Schweizerische Bankpersonalverband begrüsst den Willen der FINMA, gewisse Regulierungen in der Finanzbranche durchzusetzen. Die Krise hat die Schwächen der Selbstregulierung und die dramatischen Konsequenzen der Exzesse des Finanzmarktes für die Gesellschaft und auch für die Angestellten der Banken zur Genüge aufgezeigt. In dieser Hinsicht ist die in Aussicht gestellte Regulierung der Vergütungssysteme als einer von vielen aufsichtsrechtlichen Bausteinen anzusehen, welche das Eingehen von Risiken in der Finanzbranche einschränken soll.

Grundsätzlich findet der SBPV den Entwurf des Rundschreibens ein erster Schritt in die richtige Richtung. Er befürchtet aber, dass dabei zuviel Vertrauen den internen Kontrollen und den Überwachungsstellen geschenkt wird. Er bemängelt insbesondere folgende Punkte:

- *Sozialpartnerschaft*: das Thema wird im Rundschreiben nirgends erwähnt, obwohl sie sich in der Lohnpolitik bewährt hat. Sie bewirkt Lohnregulation und sorgt für eine gewisse Lohngerechtigkeit. Deshalb sollen die Sozialpartner in allen Phasen der Festlegung der variablen Löhne – vom Vergütungsreglement bis zur Verteilung der Löhne - berücksichtigt und angehört werden.
- *Lohntransparenz*: der für die Angestellten vorgesehene variable Teil der Löhne soll klar ausgewiesen werden.
- *Aufgeschobene Vergütung*: Die Löhne jener Angestellten, die keinen entscheidenden Einfluss auf die strategischen Entscheide des Betriebes oder deren Resultate haben, sollen nur gering vom Resultat des Unternehmens abhängen. Das Betriebsrisiko der Bank soll nicht auf die Angestellten überwältigt werden, dies stünde im krassen Widerspruch zu der Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen der Bankangestellten. Insbesondere bei den niedrigeren Löhnen sollen keine aufgeschobenen Vergütungen vorgenommen werden.
- *Kontrolle*: Externe Kontrollmassnahmen und Sanktionen müssen noch definiert werden. Ein jährlicher Bericht der FINMA soll die Umsetzung der festgelegten Punkte im Rundschreiben aufzeigen.

Der SBPV verurteilt, dass mehrere Banken in der Schweiz und im Ausland die Auszahlung von übermässigen Boni für Direktionskader und Händler vorsehen. Es zeigt sich somit ganz klar, dass eine Regulierung der Finanzinstitute schnell durchgesetzt werden muss. Aufgrund der globalisierten Märkte müssen die Regierungen den Finanzregulierungs-Massnahmen höchste Priorität einräumen. So soll gewährleistet werden, dass der Wettbewerb über die Qualität der Dienstleistungen und der Lohntransparenz spielt und nicht über einige wenige Privilegierte, welche exorbitante Gehälter beziehen, was letztlich Lohndumping und Arbeitsplatzverlust für die Mehrheit der Bankangestellten zur Folge hätte.

Bern, 14. August 2009

Kontakte für weitere Informationen und Bildmaterial:

Denise Chervet, Zentralsekretärin SBPV
denise.chervet@sbpv.ch
T +41 79 408 92 40